

Birgit Sauer*

Sorge, Emotionen und Affekt

Überlegungen zur feministisch-materialistischen Staats- und Demokratietheorie

Zusammenfassung: Aktuelle Entwicklungen in westlichen Demokratien verlangen eine gesellschaftstheoretische Konzeptualisierung von Demokratie, nämlich des *Zusammenhangs* von Kapitalismus, Patriarchat, Staat und Demokratie. Die Arbeiten von Alex Demirović leisteten für ein solch feministisch-materialistisches Theorieprojekt zentrale Übersetzungsarbeit. Der Artikel treibt nun diese feministisch-materialistischen Überlegungen zu Staat und Demokratie weiter, verknüpft sie mit aktuellen queer-feministischen Demokratietheorien, die Sorge ins Zentrum stellen, und entwickelt eine Theorie »affektiver Demokratie«. Das Affekt-Konzept soll die körperlich-materialistische Ergänzung von sozialen Verhältnissen bilden, aus denen Staat sowie demokratische Freiheitsgewinne entstehen.

Schlagwörter: Feministisch-materialistische Staatstheorie, Demokratietheorie, Care, affektive Demokratie

Care, Emotion and Affect

Reflections on Feminist-Materialist Theory of the State and Democracy

Abstract: Current developments in Western democracies call for a social-theoretical conceptualization of democracy, namely of the *interrelation* of capitalism, patriarchy, state and democracy. The work of Alex Demirović did key translation work for such a feminist-materialist theoretical project. This article pushes these feminist-materialist reflections on state and democracy further, linking them to current queer-feminist theories of democracy that place care at the center, and developing a theory of »affective democracy«. The concept of affect is meant to form the corporeal-materialist complement of social relations from which the state as well as democratic gains in freedom emerge.

Keywords: Feminist-Materialist Theory of the State, Theory of Democracy, Care, Affective Democracy

* Birgit Sauer  ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

1. Staats- und demokratietheoretische Reflexionskontexte.

Einleitung

Obwohl Francis Fukuyama 1989 die Idee vom »Ende der Geschichte« in die Welt setzte, wurde rasch sichtbar, dass im real existierenden Kapitalismus liberale Demokratien nicht so funktionieren wie gedacht oder erhofft. Repräsentative Demokratien sind weder in der Lage, Freiheit noch Gleichheit zu realisieren. Zudem grassieren sinkende Wahlbeteiligung, fehlendes Vertrauen in politische Repräsentant_innen und wachsende Unzufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen trotz vielfacher Versuche, liberale Demokratien nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus zu retten, etwa durch das Konzept der Governance (Demirović/Walk 2011). Die Herausforderungen liberal-demokratischer Verfasstheit haben jüngst eine neue Facette erhalten: das Erstarken rechts-autoritärer Bewegungen und Parteien, selbst wenn autoritäre Lösungsmuster bereits seit langem Teil des neoliberalen Umbaus waren (Demirović 2018: 30). Die Covid-19-Pandemie führte außerdem vor Augen, dass Sorge und Solidarität Ressourcen sind, die in kapitalistischen Gesellschaften vernutzt werden, deren Produktion und Reproduktion aber abgespalten und dabei feminisierten oder ethnisierten Menschen aufgebürdet werden (Dowling 2021). Eine während der Pandemie wie auch bei der Aufnahme von (Kriegs-)Geflüchteten beobachtbare »monadische« beziehungsweise »objektive Solidarität« (Boos/Hajek/Opratto 2020: 23f.) basiert nicht auf Gemeinsamkeit, sondern auf Praktiken des Ausschlusses, so wie Frauen nachhaltig aus staatlichen und demokratischen Institutionen ausgeschlossen bleiben (Sauer 2011).

Doch liberale Demokratien sind zugleich paradox und widersprüchlich: Insbesondere neoliberalen Reformer_innen gilt die repräsentative Demokratie als »wenig effizient und wenig effektiv« (Demirović 2011a: 41). Angela Merkel konterte daher mit der Idee einer »marktkonformen Demokratie«. ¹ Demgegenüber artikuliert eine Vielzahl sozialer Bewegungen seit langem neuartige Protestthemen, forderte und erstritt mehr demokratische Partizipation – aktuell von #MeToo, über Fridays for Future bis hin zu Black Lives Matter.

Diese Entwicklungen werfen die Frage nach der Kompatibilität von Kapitalismus, Patriarchat und Demokratie auf und verlangen eine gesellschaftstheoretische Konzeptualisierung von Demokratie, nämlich des *Zusammenhangs* von Kapitalismus, Patriarchat, Staat und Demokratie. Die Arbeiten von Alex

¹ Rede Angela Merkels auf einer Pressekonferenz im Jahr 2011; www.youtube.com (Zugriff 19.3.2022).

Demirović leisteten für ein solch feministisch-materialistisches Theorieprojekt zum einen zentrale Übersetzungsarbeit (Sauer 2001). Zum anderen griff er feministisch-materialistische Überlegungen für die Theoretisierung des bürgerlich-kapitalistischen Staates immer wieder auf und erweiterte gleichzeitig die Perspektive materialistischer Theorie um poststrukturalistische Ansätze (z.B. Demirović/Pühl 1997).

In jüngster Zeit entstanden nun queer-feministische Überlegungen, die Demokratie aus einer Geschlechterperspektive grundsätzlich neu denken – nicht von hierarchischer und heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit aus, sondern aus der Sicht von Körperlichkeit (Ludwig 2021) und deren grundlegendes Prekär-Sein, der Gefährdung und Verletzlichkeit (Butler 2004) sowie der Notwendigkeit von Sorge (Lorey 2020; von Redecker 2020; Hark 2021). Die Thematisierung von Emotionalität und Affektivität erfolgt in diesen queer-feministischen Überlegungen am Rande, während Affektivität in materialistischen Theoretisierungen völlig unerwähnt bleibt. Auch das Werk von Alex Demirović legt den Schwerpunkt, wenn auch eher implizit, auf Rationalität und lässt die Bedeutung von Emotionalität und Affektivität unbearbeitet.

Ziel meines Textes ist, die aktuellen queer-feministischen Diskussionen mit feministisch-materialistischen und neo-marxistischen Theoretisierungen von Staat und Demokratie im Anschluss an Alex Demirović zu verknüpfen. Diese Verknüpfung soll die Grundlage für ein Konzept »affektiver Demokratie« bilden, das Demokratisierung von Sorge-Arbeitsverhältnissen und Affektivität her denkt und so bürgerlich-kapitalistische Trennungen und Ausbeutungsverhältnisse überwinden will. Allerdings darf dieses Konzept nicht als großer Theorieentwurf missgedeutet werden, sondern es ist ein erstes Versatzstück im Nachdenken über Demokratie und Emanzipation auf der Basis materialistisch-feministischer und affekttheoretischer Überlegungen.

2. Materialistische Staatstheorie. Queer-feministische Anschlüsse und Erweiterungen

»Die Geschichte des Staates ist die Geschichte des Patriarchats, und die DNA des Staates ist patriarchal«, formuliert die brasilianische Theoretikerin Rita Segato (2021: 26). Wie lässt sich dieses Statement theoretisch konzeptualisieren? Seit ihrer Entstehung in den 1990er Jahren schloss queer-feministische Staatstheorie an neo-marxistische Überlegungen von Nicos Poulantzas und Antonio Gramsci sowie an poststrukturalistische Überlegungen Michel Foucaults an, um die »Patriarchalität« des modernen Staates fassen zu können. Die Entstehung des Staates sollte aus Geschlechter- und Sexualitätsver-

hältnissen (Sauer 2001; Ludwig 2011) sowie aus postkolonialen Bedingungen (Dhawan 2020) erklärt werden.

Im Anschluss an Nicos Poulantzas (2002: 159) geht die feministisch-materialistische Theorie davon aus, dass der Staat nicht nur die »Verdichtung eines Kräfteverhältnisses« der gesellschaftlichen Klassen, sondern auch die Verdichtung von Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen sowie von rassifizierten und ethnisierten Verhältnissen ist (Sauer 2001, Demirović 2008: 43ff.). »Verdichtung« bedeutet nicht das schiere Eindampfen sozialer Verhältnisse; vielmehr impliziert dieses Bild, dass der Staat eine Arena für verschiedene soziale Dynamiken, Interessen und Praktiken ist, die sich in staatlichen Bürokratien oder Normen institutionalisieren. Der Staat entsteht also aus sozialen Verhältnissen, ist ihnen nicht entgegengesetzt, sondern folgt deren klassistischen, vergeschlechtlichten, sexualisierten und rassialisierten Herrschaftskonstellationen. Und der Staat sichert diese Verhältnisse auf vielfältige Art und Weise ab.

Antonio Gramsci (1991: 783) folgend gehört zum Staat neben Hierarchie und Gewalt die Strategie, möglichst viele Menschen in einen gesellschaftlichen *common sense* einzubinden (Demirović 2008: 41). So erscheinen die partikularen Interessen der herrschenden Gruppen den Herrschaftsunterworfenen als Allgemeinwille (Demirović 1997: 149; Demirović 2011b: 74f.), und sie »glauben« an deren Rechtmäßigkeit. Der patriarcho-kapitalistische Staat ist also nicht neutral, er stellt kein Allgemeinwohl her (Demirović 2008: 38), sondern verteilt Ressourcen und Positionen in ungleicher Weise, ist damit maßgeblich an der Klassifikation von Menschen beteiligt. Geschlechter-, Sexualitäts- und Ethnizitätsvorstellungen wie auch die Zuweisung von Klassenpositionen sind nur dauerhaft und überzeugend, weil sie zu solch hegemonialen Überzeugungen wurden.

Alex Demirović überwand schließlich in seinen Arbeiten die vermeintliche Inkompatibilität von neo-marxistischer und poststrukturalistischer Theorie und betonte mit Michel Foucault (2000), dass der Staat aus einer Vielzahl von sich möglicherweise widerstrebenden Herrschaftstechnologien besteht (Demirović 1997: 151) und dass insbesondere Elemente der Selbstherrschaft ins Zentrum kapitalistischer staatlicher Strategien rückten (Demirović 2011b: 78). Der Staat ist daher nicht allein ein den Menschen entgegengesetzter repressiver Apparat, sondern eine Subjektivität erzeugende, produktive Formation. Der Klassenstaat basiert auf unterworfenen, aber auch sich dem widersetzenden Subjektivitäten.

Gundula Ludwig (2011) ergänzte die Kombination aus materialistischer und poststrukturalistischer Staatstheorie durch Judith Butlers Geschlechtertheorie und zeigte, dass der bürgerliche Staat historisch immer auch Geschlecht

und Sexualität im Rahmen einer heteronormativen Hegemonie »regiert«. Die Geschlechtlichkeit des Staates liegt darin, zweigeschlechtliche und heteronormativ geformte Körper hervorzubringen und zu reproduzieren. In den Worten Alex Demirovićs: Die »herrschende Klasse muss in vielerlei Formen sich und andere regieren. Misogynie, Homophobie, Rassismus, Nationalismus, Technokratie, Patriarchalismus, Maskulinismus« (Demirović 2008: 45) sind Elemente kapitalistischer Regierungstechniken.

Mit Foucault rückten zudem die *Praxen* von Staatlichkeit in den Blick: Der Staat als Herrschaftsstruktur muss »in der Gesellschaft gelebt werden« (Demirović 1987: 150), sonst ist er nicht. Er wurde historisch »Bestandteil der alltäglichen Lebensweise« von Frauen und Männern und konnte so »Herrschaft verkörpern und ausarbeiten« (ebd.). Hierarchische Zweigeschlechtlichkeit wird von den Menschen gleichsam freiwillig produziert.

Der Staat stellt also im Ringen um die Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktions- und Klassenverhältnisse auch hierarchische Zweigeschlechtlichkeit, heteronormativen Familialismus und rassialisierte Über- und Unterordnungen immer wieder her. Anders ausgedrückt: Konflikte um Klasse, Geschlecht, Sexualität und Ethnizität werden erst im strategischen staatlichen Feld politisiert und generiert (Sauer 2001). Charakteristisch für die kapitalistische Produktionsweise, so Poulantzas, sind »Trennungen«, insbesondere »die Trennung von kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Staat« (Demirović 2008: 38) sowie die Trennung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit (Demirović 2007: 221). Doch auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Trennungen von öffentlich und privat sowie von Eigenem und Fremdem werden in der staatlichen Arena bearbeitet. Bürgerlich-kapitalistische Staatlichkeit etablierte ein »Trennungsdispositiv« (Sauer 2001: 184), das das Trennende, Setzierende und Verobjektivierende, Polarität, Binarität, Dichotomisierung und Hierarchie reproduziert, um die patriarcho-kapitalistischen Widersprüche um Produktion, Reproduktion und Generativität zu prozedieren. Androzentrismus, Heteronormativität und Rassismus des bürgerlich-kapitalistischen Staates basieren auf diesen Trennungen ebenso wie ausbeuterische Klassenverhältnisse. Als »Andere« identifizierte Personen – Frauen, Homosexuelle, Menschen mit Beeinträchtigung, Migrant_innen, proletarisierte Massen – werden in diesem Prozess verleugnet oder ausgeschlossen.

Durch diese fiktiven Trennungen werden freilich auch die Relationalität von Menschen, ihre unhintergehbare Abhängigkeit und ihr Aufeinander-Angewiesen-Sein, das, was Judith Butler (2004) als Prekär-Sein bezeichnet, sowie die notwendige Fürsorge negiert (Lorey 2020: 166; Demirović 2008: 43). Der »Solidaritätsweise« (Sauer 2013), also der Notwendigkeit der Integration

von Menschen in die kapitalistische Vergesellschaftung als Teil der Akkumulationsweise oder der »Beziehungsweise« (Adamczak 2017) wird keine Beachtung geschenkt. Ein Stützpfiler, wie Sorge und Bedürftigkeit im Kapitalismus negiert und externalisiert wird, ist die heteronormative Familie, in der Sorge an Frauen delegiert und abgewertet wird, während Frauen der politische Subjektstatus zugleich abgesprochen wurde. Für die patriarcho-kapitalistische Moderne ist daher neben den oben genannten Abspaltungen auch ein affektives Trennungsdispositiv charakteristisch, das in spezifischer Weise emotionalisierte Menschen – etwa Frauen, rassialisierte Menschen und die proletarisierten Massen – ausschließt und abwertet. Allerdings gilt Aggressivität dem Wettbewerb im kapitalistischen Markt als durchaus zuträglich, und zerstörerische Wut gegen vermeintlich Andere wird als nationalistische Tugend aufgewertet. Die Zähmung bestimmter Emotionen galt und gilt im »liberalen Gefühlsdispositiv« (Sauer 2016a) also als normative Voraussetzung von Demokratie – oder anders gesagt: Emotionen und Affekte etablieren und stabilisieren das liberale politische Herrschaftsdispositiv.

Wie die kapitalistische Produktions- und Lebensweise historisch durchgesetzt wurde, war schließlich mit der Vorstellung des Besitzes am eigenen Körper verbunden, um ihn als Ware Arbeitskraft verkaufen zu können. Der Körper-»Besitz« geriet zur Voraussetzung der Zugehörigkeit zum Staat, gleichsam eine weitere Dimension des »Besitzindividualismus« (Macpherson 1990), der bestimmten Gruppen den Besitz am eigenen Körper absprach und sie ausschloss – Frauen, nicht-heteronormative und rassialisierte Menschen. Dies geht in der liberalen politischen Theorie einher mit der »Konstruktion des politischen Subjekts als ›rationales‹ und ›autonomes‹ Wesen« als souveränes, männlich, heterosexuell und weiß imaginiertes Subjekt (Ludwig 2021: 645). Affekte und Emotionen müssen daher selektiv aus der politischen Öffentlichkeit – ebenso wie Frauen – ausgeschlossen bleiben.

Rita Segato (2021: 15) identifiziert daher eine »Pädagogik der Grausamkeit« als hegemoniales Projekt des patriarchalen, kolonialen Kapitalismus. Diese »grausame« hegemoniale Konstellation verwandelt, so Segato, »das Lebendige« »in Dinge«, die benutzt und vernutzt werden können, und beutet so Menschen aus.

3. Materialistisch-feministisches Staatskonzept und die Chance der Demokratisierung

Der staatliche Verdichtungsprozess beruht allerdings auf instabilen und umkämpften gesellschaftlichen Kompromissen, sodass der Staat als in permanenter Veränderung begriffene Institutionalisierungsform der bürgerlichen

Gesellschaft konzipiert werden muss (Demirović 1987: 49). Die Notwendigkeit des bürgerlichen, patriarcho-kapitalistischen Staates, Konsens herzustellen, schafft »Raum für die Aushandlung von allgemeinverbindlichen Begriffen, materiellen Zugeständnissen und kollektiven Lebensgewohnheiten« (Demirović 2008: 41), also für Widersprechen und Transformation. In dieser Paradoxie des Staates liegen demokratische Handlungschancen, die gesellschaftliche Verhältnisse verschieben und nicht-hegemoniale Formen der Subjektivierung hervorbringen können.

Liberaler Demokratie ist daher ein historischer Fortschritt (Demirović 2011a: 16; Demirović 2007: 19), bietet sie doch eine staatliche Form, in der sich Gesellschaften »auf formell geregelte Weise selbst immer von neuem transformier[en]« können (Demirović 2001: 156). Historisch schuf die demokratische Transformation des bürgerlichen, patriarcho-kapitalistischen Staates in der Tat Raum für emanzipatorische Bewegungen (Demirović 2008: 46), nicht zuletzt für Arbeiter_innen- und Frauenbewegungen, aber auch für anti-rassistische Initiativen. So bieten beispielsweise staatsbürgerliche Rechte, die im Laufe der Entwicklung des bürgerlich-patriarchalen Staates von sozialen Bewegungen erstritten und auf immer größere Bevölkerungsgruppen ausgedehnt wurden, eine Emanzipationsmöglichkeit, wenn auch auf einen individuellen Rechtsstatus beschränkt, also durchaus ambivalent, umkämpft und immer wieder herausgefordert. Die Veränderung ist stets im Entstehen.

Dennoch muss auch die bürgerlich-repräsentative Demokratie als institutionalisiertes Ergebnis von sozial ungleichen Verhältnissen und von Konflikten gesehen werden (Demirović 2001: 157). Sie ist eine Form der Klassen-, rassialisierten und Geschlechterherrschaft, weil auf eine »bloß politische Demokratie« begrenzt (Demirović 2011a: 17). Eine Regierungstechnologie liberaler Demokratie ist beispielsweise Partizipation: »Praktiken der Beteiligung in vielfältigen Formen« (Demirović 2011b: 103) können soziale Demokratie nicht realisieren, wenn sie auf die politische Repräsentationsebene begrenzt bleiben. Sie laufen vielmehr Gefahr, Herrschaft zu reproduzieren (Demirović 2011a: 15), wie auch die feministische Demokratieforschung deutlich machte (Sauer 2011).

Außerdem bleibt repräsentative Demokratie auf die Vorstellung der »Souveränität« des Individuums reduziert, das sein Leben auf der Grundlage des ökonomischen Imperativs stets neu entwerfen soll. Den Bürger_innen wird damit die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns immer wieder entzogen, eine Chance, die die repräsentative Demokratie in partei- und sozialpartnerschaftlichen Arrangements sowie der Öffnung für soziale Bewegungen prinzipiell in Aussicht stellt. Liberaler Demokratie, so lässt sich resümieren,

entspricht mit ihren begrenzten, klassen- und geschlechterselektiven Verfahren politischer Partizipation und Repräsentation den Kräftekonstellationen im patriarcho-kapitalistischen Staat.

4. Sorge, Relationalität und Bindung. Das Abgespaltene zum Ausgangspunkt von Demokratisierung machen

Vor diesem Hintergrund der Paradoxie liberaler Demokratie entstanden queer-feministische Theorien, die am Alltag der Menschen und an dessen Transformationspotenzial ansetzen. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist Teil des kapitalistischen Arrangements, der Organisation und Gestaltung des Lebens. Die Politisierung von Sorge(-arbeit) ist somit eine Möglichkeit, die »Grausamkeit« der Trennungen in Frage zu stellen und zu überwinden. Auf dieser Basis geraten die entfremdenden, aber auch die widerständigen und solidaritätsstiftenden Dimensionen von Arbeits- und Sorgeverhältnissen in den Blick. Die aktivistische Gruppe »Precarias a la deriva« (2011) macht »Sorgetätigkeit und Sorgebedürfnisse« »zum Ausgangspunkt politisch-ökonomischer Überlegungen« (Lorey 2020: 193). Die Gruppe prägte den Begriff der »Sorgegemeinschaft«, wie Ludwig schreibt, als »Imagination für einen Demos, der weder auf dem Phantasma einer Einheit aufbaut, noch die Politisierung des Sozialen ausschließt« (Ludwig 2013: 481).

Auch Segato setzt der »Pädagogik der Grausamkeit«, also der »Desensibilisierung gegenüber dem Leiden der Anderen« und dem »zunehmende[n] Verlust der Empathie« der patriarcho-kapitalistischen Isolierung und Hierarchisierung (Segato 2021: 16f.) ein »historische[s] Projekt der Bindungen« entgegen, das auf »Reziprozität, die Gemeinschaft herstellt«, abzielt (ebd.: 23). Eva von Redecker (2020) plädiert in ähnlicher Weise gegen kapitalistische »Sachherrschaft« und gegen »Phantombesitz«, den leeren Besitzanspruch über Beherrschte, etwa in der patriarchalen Ehe (ebd.: 14) und für das »Pflegen« als ein »anderes Verhältnis zueinander und zur Welt«, das die »Abhängigkeit von geteilten Lebensgrundlagen« berücksichtigt (ebd.: 264ff., 291).

Es wäre allerdings naiv, Sorgen oder Pflegen als Gegenbegriffe zur Logik der Akkumulation und der Profitorientierung, als Logik des Lebens gegen ausbeuterische Lohnverhältnisse zu idealisieren (Precarias 2011: 58). Vielmehr sind auch diese Tätigkeiten Teil kapitalistischer (Re-)Produktionsverhältnisse. Mit einem politisch gedachten Sorge-Konzept kann allerdings die grundlegende Angewiesenheit und Verwiesenheit von Menschen aufeinander, ihr Prekär-Sein und ihre Verletzlichkeit demokratietheoretisch fruchtbar gemacht werden (Hark 2021: 214). Prekarität, die herrschaftlich ungleiche

Verteilung von Prekär-Sein, kennzeichnet kapitalistisches Arbeiten (Lorey 2012). Sorge-Arbeitsverhältnisse waren immer schon prekär organisiert – insbesondere im Unterschied zu sozial abgesicherter männlicher Erwerbsarbeit des Fordismus. Sorge ist eine Tätigkeit, ja mehr: eine Lebensbedingung, die im Rahmen notwendiger Abhängigkeit von anderen Menschen stattfindet, und kann daher für diese Abhängigkeit sensibilisieren. Das Wissen um gemeinsame Abhängigkeit und das Angewiesen-Sein aufeinander kann wiederum zur Grundlage gemeinsamen demokratischen Handelns als »fürsorgliche Praxis« re-formuliert werden (Tronto 2000).

Allerdings erschließt sich dies keineswegs selbstverständlich, sondern ist ein umkämpfter Prozess, denn Abhängigkeit bzw. Angewiesen-Sein kann auch im Sorgekontext zu Ausbeutung und Gewalt führen. Sorge im politischen Sinn darf also nie konfliktlos gedacht werden – vielmehr ist auch Sorge, sind die Relationen und Beziehungen stets umkämpft, und aus Sorge können neue Herrschaftsrelationen entstehen. Die Suche nach dem »Verbindende[n] im geteilten Prekärsein« (Lorey 2020: 192) muss daher immer als widersprüchlich und paradox begriffen werden.

Daran anschließend schlagen queer-feministische Theorien folgenden demokratietheoretischen Perspektivenwechsel vor. Erstens muss die liberale Vorstellung des Subjekts radikal transformiert werden: An die Stelle des »Phantasmas« des souveränen, maskulinen, weißen Subjekts »muss ein politisches Subjekt treten, das die Unmöglichkeit von Autonomie zum Ausgangspunkt für politisches Handeln nimmt« (Ludwig 2013: 478). Dieses relationale Subjekt, das immer in Beziehungen, in Geflechte und Netze eingebunden ist (ebd.: 479), muss zweitens des notwendigen Prekär-Sein (precariousness) des Lebens und fundamentaler Abhängigkeit gewahr sein (Butler 2004; Lorey, 2012). Allerdings ist drittens unter patriarcho-kapitalistischen Bedingungen dieses Prekär-Sein höchst unterschiedlich verteilt. Staatliche Institutionen produzieren Prekarität, sind also Mechanismen der Prekariisierung (Lorey 2012: 31). Prekarität, die im staatlichen Verdichtungsprozess entsteht, ist ungleich verteilt, umkämpft und konflikthaft. Die Idee des grundlegenden Prekär-Seins der Menschen darf viertens die herrschaftsförmigen Strukturen entlang von Produktions-, Geschlechter-, Sexualitäts- und Ethnizitätsverhältnissen nicht leugnen (Ludwig 2013: 480), vielmehr muss Demokratietheorie die herrschaftsförmigen Widersprüche und Konflikte wahrnehmen und kritisieren (ebd.: 481). Fünftens muss auch der Freiheitsbegriff reformuliert werden. Demokratie und Gleichheit können nur auf Freiheit im Verhältnis basieren. Freiheit ist nicht das Charakteristikum eines Individuums, sondern nur relational zu verstehen. Freiheit ist ein »soziales Verhältnis« (Demirović 2011c: 140).

5. Emanzipation und »affektive Demokratie«: Abkehr vom liberalen Trennungsdispositiv und Chance der Emanzipation?

Die materialistisch-feministische Staatstheorie will dazu beitragen, dass Menschen »in ihrem weitverzweigten Alltag die Formen der Machtausübung tiefgreifend verändern und überflüssig machen können, die sie an eine bestimmte Praxis und Identität binden« (Demirović 2008: 42). Ein Perspektivenwechsel, der Demokratie vom Abgespaltenen der patriarcho-kapitalistischen Herrschaftsform aus konzipiert, kann den Staat nicht von der sozialen Sphäre, also auch nicht von Geschlechterverhältnissen trennen, sondern nimmt Formen der Organisation des Arbeitens und Lebens sowie von Erfahrungen, Identität und Subjektsein als Ausgangspunkt der Kritik (Sauer 2016b).

Auch die ausgegrenzte oder selektiv abgespaltene Affektivität kann als Kritikinstrument von herrschaftsförmiger Staatlichkeit und Demokratie betrachtet werden. Bereits frühe feministische Demokratietheorien wie jene von Iris Marion Young (1996: 129ff.) betonten, dass in deliberativen Paradigmen rationale Kommunikation nicht nur auf Sprachakte begrenzt werden kann, sondern auch Emotionalität, Gestik und Mimik in Betracht ziehen muss. Auch jüngere queer-feministische Demokratietheorien heben die Bedeutung von Affektivität hervor: Gundula Ludwig betont beispielsweise im Anschluss an Judith Butler, dass politisches Handeln immer auch ein Handeln zwischen Menschen und damit »ein Handeln zwischen Körpern« (Ludwig 2021: 661; Butler, 2018: 104) sowie in affektiven Konstellationen situiert ist. Auch Isabell Loreys Vorschlag einer »präsentischen Demokratie« stützt sich »nicht auf autonome Individuen«, sondern auf »Verbindungen und Affizierungen« (Lorey 2020: 161). Lassen sich diese Hinweise auf die Bedeutung von Affektivität mit feministisch-materialistischen Ideen verbinden?

Ich möchte im Folgenden Rita Segatos »Pädagogik der Grausamkeit« mit einer »Demokratie der Zärtlichkeit« (ähnlich Hark 2021: 214ff.) oder einer »affektiven Demokratie« (Sauer 2016a) begegnen, die ein materialistisch-feministisches Staatskonzept zum Ausgangspunkt nimmt und dies zugleich erweitert. »Affektive Demokratie« will ich nicht allein normativ – im Sinne eines Ethos (Hark 2021) – verstanden wissen, sondern auch und vor allem als kritische Perspektive auf Demokratie als Verdichtung von herrschaftlichen sozialen Verhältnissen. Mein Vorschlag einer affektiven Demokratie beziehungsweise Demokratisierung nimmt das Dispositiv der Trennung von Arbeit, zwischen privat und öffentlich, von Affekt und Politik – das Dispositiv, das »Grausamkeit«, Ausschluss, Unterwerfung und Ausbeutung produziert –

zum kritischen Ausgangspunkt. Ein feministisch-materialistisches Demokratiekonzept begreift Arbeit, geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, Sorgetätigkeiten wie auch Selbstsorge als demokratisches Handeln (Sauer 2016b), als Partizipation am Ringen um die Organisation des Lebens und insbesondere um potenziell *gemeinsames* Handeln. Demokratische Selbstbestimmung kann nur durch eine fundamentale Transformation patriarcho-kapitalistischer Trennungen, institutionalisiert in ökonomischen Eigentumsverhältnissen sowie der darin eingelagerten geschlechtsspezifischen affektiven Arbeitsteilung und der Trennung von öffentlich und privat, realisiert werden.

Eine machttheoretische Vorstellung siedelt Affekte im staatlichen Feld der Verdichtung sozialer, geschlechtsspezifischer Verhältnisse an. Affektivität als soziales Verhältnis und Teil der staatlichen Arena ist immer paradox, nämlich unterwerfend und ent-unterwerfend (Foucault 1992). Und Affektivität ist umkämpft. Darin liegt ihr emanzipatorisches Potenzial.

Materielle Verhältnisse umfassen Affekt und Körperlichkeit, also die Verbindungen sowie Trennungen, die Affekte zwischen Menschen stiften, die Relationalität von Affekten, ist doch die Verdichtung von sozialen Kräfteverhältnissen in der staatlichen Arena immer affektgeladen. Affekte sind Teil des Alltags der Menschen, der Erwerbsarbeit, prekärer Tätigkeiten oder der Erwerbslosigkeit, der Sorge um sich und um andere, sie sind aber auch ein notwendiges Element von Staatlichkeit und politisch-demokratischem Handeln. Demokratie entsteht in Arbeits- und Sorgekämpfen, in kollektiven wie individuellen Auseinandersetzungen um Leben und somit auch um Emotionen und Affekte.

Gefühle und Affekte sind so denkbar als widerständige und als ermöglichende Praxis, erlauben sie doch das Miteinander mit anderen und bieten die Chance, die eigene Verletzbarkeit wie auch jene der anderen wahrzunehmen und zum Ausgangspunkt politischen Handelns zu machen. In diesem widersprüchlichen Feld kann Demokratie als sorgende, affektive und affizierende Praxis oder als »affektive Demokratie« entstehen, so kann gemeinsames Handeln als Bezogenheit und Beziehung, als Nähe, aber auch Distanz und als konflikthafte, widersprüchliche Ringen darum theoretisch gefasst werden. Der Raum des Politischen entsteht aus affektiver politischer Subjektivierung – und umgekehrt: Er produziert affektive politische Subjekte. Affektive Subjektivierungsweisen können daher auch Chancen für die Auflösung von hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und für Möglichkeiten emanzipativer Politikformen der Affizierung gegen kapitalistische Entfremdung öffnen.

Allerdings gilt es die Ambivalenzen von affektiven Beziehungen in demokratischen Praxen immer deutlich zu machen, gerade heute, wo Gefühle

eine neue Form der Regierung von Menschen wurden, nämlich als affektives Fremd- und Selbstregieren (Penz/Sauer 2014). Im Anschluss an Michel Foucault haben Otto Penz und ich diese Konstellation als »neoliberale affektive Gouvernementalität« bezeichnet (ebd.: 95ff.), also als eine Form von Herrschaft.

Für das Konzept einer »affektiven Demokratie« ist daher der materialistisch-feministische Anspruch der Herrschaftskritik ganz zentral, wie ihn auch die frühe Frauenbewegung erhob: Frauenbewegtem Aktivismus ging es um die Politisierung und Kritik herrschaftsförmiger Geschlechterverhältnisse, die in einer restriktiven Politik der Gefühle versteinert waren. Das Gemeinsame des politischen Handelns beruht zwar auf Affizierung, auf Beziehung und Relation, auf Zugewandtheit und Empathie, doch in einem stets umkämpften und widersprüchlichen gesellschaftlichen Raum.

In einem Konzept »affektiver Demokratie« können daher Affekte nicht einseitig positiv zelebriert werden. Vielmehr müssen Affekte stets in ihrer ambivalenten herrschaftlichen Wirkmächtigkeit zwischen Alltag und Politik in der staatlichen Arena patriarcho-kapitalistischer Verhältnisse hinterfragt werden, denn gerade Affekte können herrschaftliche Verhältnisse auch kreieren und reproduzieren. Hegemoniale Gefühlslagen lassen etwa aus Angst fundamentale Kritik an hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit oder an kapitalistischen Arbeits- und Eigentumsverhältnissen verstummen.

Die Vorstellung einer »affektiven Demokratie« muss somit die Spannung zwischen Affekten als kreativ-emanzipatorischem Aspekt von Handeln und Affekten als herrschaftlich überformten politischen Instrumenten fassen. Und »affektive Demokratie« braucht Institutionen und Mechanismen, die dieses Spannungsverhältnis zumindest zeitweise auf Dauer stellen, um es dann auch wieder auflösen zu können. Für die Repräsentation von Gefühlen bräuchte es beispielsweise kommunikativer Foren, die es ermöglichen, Herrschaftskonstellationen in *gemeinsamem* Denken, Debattieren und Handeln kritisch infrage zu stellen. Eine »affektive Demokratie« braucht also Zeiten und institutionelle Formen, um den je individuellen bzw. kollektiven Gefühlen nachzuspüren, aber auch, um über sie nachzudenken, um also herausfinden, woher sie kommen, was sie ausgelöst hat und welche Bedeutung sie für das je eigene Leben, aber auch für das Leben anderer Menschen haben (ähnlich Bargetz 2014). Dies heißt, die unmittelbare Verknüpfung von Affekten, materiellen Verhältnissen, von Produktions- und Reproduktionsverhältnissen sowie Geschlechter-, Sexualitäts- und Ethnizitätsverhältnissen muss immer wieder in ihrer Herrschaftlichkeit kritisiert werden, um demokratisierende Veränderung anzustoßen. Dies birgt die »Zärtlichkeit« des kritisch-gemeinsamen Tuns gegen die »Grausamkeit« des nur Trennenden.

Literatur

- Adamczak, Bini (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin.
- Bargetz, Brigitte (2014): *Jenseits emotionaler Eindeutigkeiten. Überlegungen zu einer politischen Grammatik der Gefühle*. In: Baier, Angelika u.a. (Hg.): *Affekt und Geschlecht. Eine einführende Anthologie*. Wien: 117-136.
- Boos, Tobias / Hajek, Katharina / Opratko, Benjamin (2020): *Corona-Solidaritäten*. In: *Femina Politica* 2: 123-124. DOI: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.17>.
- Butler, Judith (2004): *Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence*. London/New York.
- (2018): *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*. Berlin.
- Demirović, Alex (1987): *Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung*. Hamburg.
- (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster.
- (2001): *NGO, Staat und Zivilgesellschaft. Zur Transformation von Hegemonie*. In: Brand, Ulrich u.a. (Hg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster: 141-168.
- (2007): *Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*. Münster.
- (2008): *Zu welchem Zweck und auf welche Weise den Staat kritisieren?* In: *Wissel, Jens / Wöhl, Stefanie (Hg.): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik*. Münster: 24-47.
- (2011a): *Demokratie – die Selbstregierung des Volkes?* In: *Alidusti, Kyrosch / Promotionskolleg »Demokratie und Kapitalismus« (Hg.): Perspektiven der Demokratie. Gesellschaftspolitische Interventionsmöglichkeiten im Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierung und kapitalistischen Strukturen. Tagungsband*. Siegen: 15-43. URL: <http://dokumentix.ub.uni-siegen.de/>, Zugriff: 31.3.2022.
- (2011b): *Governance – eine neue Stufe staatlicher Herrschaft*. In: *Demirović, Alex / Walk, Heike (Hg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. Münster: 72-105.
- (2011c): *Kritische Staatstheorie in emanzipatorischer Absicht*. In: *PROKLA* 162 41(1): 133-152. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v41i162.366>.
- 2018: *Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie*. In: *PROKLA* 190 48(1): 27-42. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.30>.
- / Pühl, Katharina (1997): *Identitätspolitik und die Transformation von Staatlichkeit: Geschlechterverhältnis und Staat als komplexe materielle Relation*. In: *Kreisky, Eva / Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*. Opladen: 220-240.
- / Walk, Heike (Hg.) (2011): *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. Münster.
- Dhawan, Nikita (2020): *State as Pharmakon*. In: *Cooper, Davina / Dhawan, Nikita / Newman, Janet (Hg.): Reimagining the State. Theoretical Challenges and Transformative Possibilities*. Milton Park: 57-76. <https://doi.org/10.4324/9781351209113-4>.
- Dowling, Emma (2021): *The Care Crisis. What Caused It and How Can We End It?* London.
- Foucault, Michel (2000): *Staatsphobie*. In: *Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt/M.: 68-71.
- (1992): *Was ist Kritik?* Berlin.
- Fukuyama, Francis (1989): *The End of History*. In: *The National Interest* 16: 3-18.
- Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, hg. v. Wolfgang Fritz Haug / Klaus Bochmann, Band 1. Hamburg.
- Hark, Sabine (2021): *Gemeinschaft der Ungewählten. Umriss eines politischen Ethos der Kohabitation*. Berlin.

- Lorey, Isabell (2012): *Die Regierung der Prekären*. Wien.
- (2020): *Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart*. Berlin.
- Ludwig, Gundula (2011): *Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Geschlecht und heteronormativer Hegemonie*. Frankfurt/M./New York.
- (2013): *Feministische Überlegungen zu Postdemokratie und der Entpolitisierung des Sozialen*. In: PVS 54(3): 461-484. DOI: <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2013-3-461>.
 - (2021): *Körper und politische (An-)Ordnungen. Zur Bedeutung von Körpern in der modernen westlichen Politischen Theorie*. In: PVS 62(4): 643-669. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11615-021-00357-4>.
- Macpherson, C. B. (1990): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*. Frankfurt/M.
- Penz, Otto / Sauer, Birgit (2016): *Affektives Kapital. Die Ökonomisierung der Gefühle im Arbeitsleben*. Frankfurt/M./New York.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Ektismus*. Mit einer Einleitung von Alex Demirović, Joachim Hirsch und Bob Jessop. Hamburg.
- Precarias a la deriva (2011): *»Was ist dein Streik?« Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*. Wien.
- Redecker, Eva von (2020): *Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen*. Frankfurt/M.
- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt/M./New York.
- (2009): *Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie?* In: Ludwig, Gundula / Sauer, Birgit / Wöhl, Stefanie (Hg.): *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*. Baden-Baden: 105-118.
 - (2011): *»Only paradoxes to offer«? Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der »Postdemokratie*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2: 125-138.
 - (2013): *»Putting patriarchy in its place«*. Zur Analysekompetenz der Regulationstheorie für Geschlechterverhältnisse. In: Atzmüller, Roland u.a. (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster: 111-148.
 - (2016a): *Affektive Gouvernementalität. Eine geschlechtertheoretische Perspektive*. In: Mixa, Elisabeth / Pritz, Sarah Miriam / Tumeltshammer, Markus / Greco, Monica (Hg.): *Un-Wohl-Gefühle. Eine Kulturanalyse gegenwärtiger Befindlichkeiten*. Bielefeld: 147-161.
 - (2016b): *Demokratie, Geschlecht und Arbeitsteilung*. In: Demirović, Alex (Hg.): *Transformation der Demokratie - demokratische Transformation*. Münster: 156-173.
- Segato, Rita Laura (2021): *Wider die Grausamkeit. Für einen feministischen und dekolonialen Weg*. Wien.
- Tronto, Joan (2000): *Demokratie als fürsorgliche Praxis*. In: *Feministische Studien* 18: 25-42. DOI: <https://doi.org/10.1515/fs-2000-s104>.
- Young, Iris Marion (1996): *Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy*. In: Benhabib, Seyla (Hg.): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*. Princeton: 120-135. DOI: <https://doi.org/10.1515/9780691234168-007>.